

Bernd Riexinger

Wie weiter nach der Europawahl?

Nach einer verlorenen Wahl – ungeachtet der positiven Entwicklung in Bremen und bei einigen Kommunalwahlen – ist Ursachenanalyse angesagt. Niemand kann sagen, ob die Trends stabil sind, aber ein Zurück zu der vermeintlichen Stärke der so genannten Volksparteien CDU und SPD wird es kaum geben. Die SPD schreitet von Führungskrise zu Führungskrise. Ihr Erosionsprozess geht ungebremst weiter. Die zaghaften Versuche, in der Sozialpolitik wieder stärker sozialdemokratisches Profil zu zeigen, bringen keinen Ausweg, solange die SPD in der Groko gefangen bleibt. DIE LINKE konnte vom Niedergang der SPD nicht profitieren. Die Grünen wirkten bei dieser Wahl wie ein großer Magnet, der Wähler\*innen aus allen Richtungen, besonders von SPD und CDU angezogen hat, auch viele, die bei der Bundestagswahl – oder bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen – DIE LINKE gewählt haben. Viele Wähler\*innen wollten die Botschaft senden, dass Klimaschutz auf der politischen Agenda nach vorn gehört.

Es ist nicht unüblich, dass die Umfragewerte der Wahlgewinner nach der Wahl weiter steigen. In einigen Umfragen stehen die Grünen zwischenzeitlich vor der CDU. Ob dauerhaft oder nicht, wir müssen die Entwicklung ernst nehmen. Schon im Vorfeld der Europawahl zeigten die Studien: Im linken Potenzial entscheiden sich viele Wähler\*innen zwischen SPD, Grünen und LINKE. Die Gründe für die Stimmabgabe werden differenzierter – „Mietenpolitik bei der Landtagswahl, Klima für Europa“ ist keine Seltenheit. Es gilt nicht mehr, dass Zustimmung in der Kommune auch Stimmen für Europa bringen. Konkrete linke Politik, Projekte und Alternativen sind gefragt. Da sind wir in Europa nicht gleich gut aufgestellt wie im Bund (und das umreißt den Auftrag für Partei und unsere Abgeordneten in Europa). Wir haben eine gemeinsame Linie auf dem Parteitag bestimmt, wir können sie noch besser mit dem Alltag der Menschen verknüpfen und mit Leben (nicht nur mit Forderungen) füllen.

Für DIE LINKE bestehen durchaus Chancen, viele dieser Stimmen zurück zu gewinnen oder überhaupt zu gewinnen. „Das Klimathema nützt sowieso nur den Grünen“, sagen manche. Ein Herzensthema auch der eigenen Anhänger\*innen liegen zu lassen, wäre riskant. Unter linken Wähler\*innen ist die Sorge, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört, weiter verbreitet (90 Prozent) als bei allen anderen Parteien. Einfach zu versuchen, den Grünen ähnlicher zu werden, wäre falsch. Wir werfen uns auch nicht mit Haut und Haaren auf ihr Spielfeld, aber wir müssen die Grünen als Konkurrenz annehmen: Wir müssen sie stellen, treiben, Schwachstellen und auch Anknüpfungspunkte aufzeigen. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit, deren Blick über den Horizont der kapitalistischen Gesellschaft hinaus reicht. Dass dieser Kapitalismus – beispielsweise in Gestalt von 100 Konzernen, die für Dreiviertel der Schadstoffemissionen verantwortlich sind – gerade den Planeten zerstört, gehört selbstverständlich zu unserer Kritik.

Der Aufstieg der Grünen hat nicht nur mit Klimaschutz zu tun. Sie profitieren mehr von ihrem Ruf und Markenkern als ökologische Partei, als von der Qualität ihrer Konzepte. Die AfD verkörpert das Modell eines autoritären Kapitalismus, die Grünen ein Modernisierungskonzept für den Kapitalismus. Union (und SPD) sind nicht mehr in der Lage, die Kapitalfraktionen in ihrer Breite zu repräsentieren und auf sich zu orientieren. Es hat längst ein gewaltiger Transformationsprozess in die nächste Stufe der Produktivkraftentwicklung (Digitalisierung, Industrie 4.0) begonnen, der zu größeren Umwälzungen in der Industrie und in Dienstleistungsbereichen führen wird. Es geht auch um Veränderungen in der Arbeitswelt und Neuregulierungen der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital und der Stellung der Gewerkschaften. Als Gegenstück zu Handelskriegen und nationaler „Selbstbezogenheit“ à la Trump bieten die Grünen ein Modernisierungsprogramm an (Elektroautos und + Infrastruktur), das die Chancen des modernsten Teils des Kapitals auf den (offenen) Weltmärkten vergrößert und mit einem Regulationsmodell verbindet (Modernisierung + Ökologie + bisschen mehr soziale Verträglichkeit). Sie treten an, diesen auch ökologischen Modernisierungsprozess zusammen mit der Wirtschaft gestalten. Und finden dort durchaus

Anklang, wie die freundliche Aufnahme des Beitrages von Annalena Baerbock auf dem Kongress des BDI verdeutlicht. Ministerpräsident Winfried Kretschmann macht in Baden-Württemberg seit Jahren vor, wie Wirtschaftsnähe (auch zur Autoindustrie) mit einem ökologischen Habitus vereinbar ist. Damit stoßen die Grünen in einen Teil des sozialdemokratischen Klientels und des liberal-konservativen Teils der Unionsparteien vor.

DIE LINKE wird nicht vergleichbare Leidenschaften beim Kapital erzeugen können – und auch nicht wollen. Wir streiten statt für bessere Exporte für mehr Genossenschaften, mehr Mitbestimmung, für mehr Mobilität bei weniger Verkehr, für den Ausbau von ÖPNV und der Bahn und wir senken die Ticketpreise bis zum Nulltarif. Das ist im Interesse der Beschäftigten wie der Bevölkerung *und* ist ökologisch nachhaltig.

Es wird sich zeigen, ob die Grünen die unterschiedlichen Erwartungen zusammenzubringen können. Besonders die junge Klimaschutzbewegung drängt auf grundlegende Lösungen. Ohne Vermögenssteuer werden schon die notwendigen Investitionen in den Klimaschutz nicht zu finanzieren sein – ganz zu schweigen von dringend notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur, in den Bau bezahlbarer Wohnungen. Elektroautos hier und nicht in China bauen – wie es die Grünen vertreten –, ist weder wirklich ökologisch nachhaltig, noch wird es tatsächlich Arbeitsplätze sichern. Sie gelten als Friedenspartei, trotz Fischer, und haben sich gerade wieder zur Bundeswehr und damit zum Krieg als „äußerten Mittel“ bekannt. Für den versprochenen sozialen Ausgleich haben sie kaum Ansatzpunkte, dafür Sympathien für Markt und Privatisierung. Die widersprüchlichen Erwartungen, die die Grünen derzeit auf sich bündeln können, sind Ansatzpunkte für eine differenzierte und offensive Auseinandersetzung von links.

Der wirtschaftliche Umbruch wird entweder chaotisch und vom Markt bestimmt, dann führt er zu Erwerbslosigkeit, prekären Jobs, mehr Macht für die großen Konzerne und mehr soziale Spaltung. Oder wir kämpfen für gerechte Übergänge, für soziales und ökologisches Wirtschaften, für gute Arbeit und mehr Demokratie in der Wirtschaft. Diesen Kampf müssen wir offensiv führen und in die Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit eingreifen. Dadurch gewinnen wir bei den Industriebeschäftigten und beim neuen „Dienstleistungsproletariat“ Terrain. Auch deshalb demonstrieren am 29. Juni IG Metall und LINKE gemeinsam unter dem Motto #FairWandel.

Wir können uns nicht damit abfinden, dass wir bei Gewerkschaftern, Erwerbslosen und Arbeiter\*innen zu schwach abschneiden. Gefragt sind nicht bessere oder lautere Forderungen. Wenn in der Partei bisweilen „Haltung“ gegen „Forderungen“ diskutiert wird, ist der Gegensatz falsch. Wir brauchen beides und noch mehr: aktive Verankerung und Organisation. Nach ersten Erfolgen bei den Beschäftigten in der Pflege müssen wir jetzt die politische Verankerung ausdehnen, etwa auf Handel und Logistik, auf prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Gegner sind die Konzerne – Rüstung wie Gesundheit, RWE wie Amazon - und ihre politische Lobby.

Auch der Kampf gegen die Enteignung der Menschen durch explodierende Kosten fürs Wohnen ist damit verbunden. Die Erfahrungen aus den Projekten, in denen wir die (Selbst)Organisation der Mieter\*innen voranbringen, ist ermutigend, auch mit Blick auf die Wahlen: Dort, wo wir sehr konkret die Interessen der Erwerbslosen und Geringverdiener\*innen organisieren, Hausbesuche und Stadtteilarbeit machen, sind wir stärker.

Mit unterschiedlichen Ansätzen erreichen wir die verschiedenen Milieus und verbinden ihre Interessen. Das braucht auch mal einen langen Atem. Es bildet sich langsam, noch meist lokal, eine neue Mieter\*innenbewegung. DIE LINKE ist Teil davon, vor Ort und mit der Kampagne „Bezahlbare Miete statt hoher Rendite“. Durch die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“ ist weitere Dynamik im Kampf um bezahlbaren Wohnraum entstanden. Gegen die Rechten um Trump, LePen und AfD hat sich in den letzten Jahren eine Gegenbewegung herausgebildet, die durchaus progressiv ist. Die Klimaschutzbewegung bringt erstmals eine politisierte Generation hervor, die für ihre eigenen „Überlebensinteressen“ auf die Straße

geht und die Wirtschaftsweise hinterfragen. Auch wenn diese Bewegungen zuletzt nicht mehr direkt DIE LINKE gestärkt haben, sondern vorwiegend die Grünen: Die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und Antirassismus ist für viele Menschen gegenwärtig, daraus kann Dynamik entstehen – und erstmal gibt es wieder Anklänge von Wechselstimmung. Aber alle wissen: SPD und Grüne gehen beide gerne mit der Union. Die Grünen schleifen seit Jahren ihre Positionen um Beinfreiheit für möglich Koalitionen zu haben. Wer nicht nur mit einer grün angestrichene CDU aufwachen will, muss DIE LINKE stärken. DIE LINKE kann und muss in der Dynamik der Bewegungen, in der Hoffnung auf linke Mehrheiten, die politischen Verhältnisse nach links verschieben. Eine verbindende Klassenpolitik muss soziale, kulturelle und politische Spaltungen der Lohnabhängigen und Erwerbslosen überbrücken und in einem politischen Projekt bündeln.

In der Gesellschaft ist viel in Bewegung. Jetzt gilt: Kräfte sammeln, in Bewegung bleiben und erhobenen Hauptes und mit voller Kraft gemeinsam in die Wahlkämpfe im Osten ziehen.